

Der Freisinn

FDP

Nr. 10
Oktober 1980
2. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

In Etappen zur Sanierung des Bundeshaushaltes

Auf dem richtigen Weg?

Unmittelbar nach dem Sparpaket das Steuerpaket? Das ist man geneigt zu fragen, wenn die finanzpolitischen Absichten des Bundesrates im Zusammenhang mit dem soeben abgeschlossenen Vernehmlassungsverfahren zur Verlängerung der Bundesfinanzordnung unter die Lupe genommen werden. Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz steht jedoch derartigen Vorstellungen, wie deren Generalsekretär, Hans-Rudolf Leuenberger, schreibt, mit wenig Begeisterung gegenüber und schlägt ein anderes Vorgehen vor. Dies kommt auch in der Vernehmlassungsantwort der Partei zur Verlängerung unmissverständlich zum Ausdruck.

Der Bundesrat unterbreitet mit seinem Steuerpaket zwei Massnahmen: Vordringlich soll die Ende 1982 auslaufende Bundesfinanzordnung (Warenumsatzsteuer und Wehrsteuer) mit Modifikationen (Erhöhung der Wertsätze und teilweise Abbau der kalten Progression bei der Wehrsteuer) verlängert werden. Damit soll dem Bundeshaushalt gut die Hälfte seiner Einnahmen (8,7 Mia. Franken) gesichert und sogar noch aufgestockt werden. Es ist daran zu erinnern, dass der Bundesrat neben dieser modifizierten Verlängerungsvorlage zusätzlich Sondersteuern vorschlägt,

eine Energiesteuer, indem neu Gas, Elektrizität und feste und flüssige Brennstoffe der Wust unterstellt werden, eine Bankkundensteuer, indem neu die Zinsen von Treuhandguthaben der Banken einer Verrechnungssteuer von fünf Prozent unterstellt werden, und eine Schwerverkehrsabgabe.

Zusätzliche Mehreinnahmen von 1,3 Mia. Franken

Der Bundesrat erhofft sich aus diesen Vorlagen gesamthaft Mehreinnahmen von 1,3 Mia. Franken im Jahr. Mit den Sondersteuern beim Tabak (die Erhö-

hung der Tabaksteuer trat auf Anfang Oktober in Kraft), beim Goldhandel (die zu Beginn dieses Jahres eingeführt wurde), bei der Energie sowie der Besteuerung der Treuhandgelder sollen allein 700 Mio. Franken Mehreinnahmen beschafft werden. Eine halbe Milliarde zusätzlich soll ab 1983 die generell erhöhte Wust bringen, dazu gesellen sich die Einkünfte aus der Schwerverkehrsabgabe, deren Verteilungsschlüssel allerdings noch nicht bekannt ist, und weil auch die Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen dem Bund Gewinn bringen soll, sollten eigentlich die Finanzsorgen des eidgenössischen Finanzministers ausgestanden sein. Schön wär's.

Fehlende Prioritätensetzung

Die finanzpolitischen Vorstellungen zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass keine Prioritäten gesetzt werden. Mit einer Vielzahl von gleichzeitig angekündigten Steuervorlagen wird der weitverbreiteten Steuerverdrossenheit nicht begegnet, sondern der Steuerwiderstand nur geschürt und die Gefahr heraufbeschworen, eines Tages plötzlich vor einem Scherbenhaufen zu stehen und Zuflucht in Notrecht nehmen zu müssen. Dessen sind sich auch jene bewusst, die sich, wie die FDP, im klaren darüber sind, dass der Bund zur Erzielung des

Fortsetzung auf Seite 5

Anmerkungen zu den Jugendunruhen

Lernprozess durchmachen

Während Wochen und Monaten haben die Jugendunruhen in einigen Schweizer Städten die Schlagzeilen der Presse dominiert. Nun ist eine gewisse Beruhigung der Lage eingetreten. Die Frage bleibt, ob sie nur vorübergehender Natur oder doch mehr ist. Die Zeit ist allerdings gekommen, die Hintergründe dieses unerwarteten Ausbruchs zu klären. Die freisinnige Zürcher Nationalrätin und Gemeindepräsidentin von Zumikon, einer Zürcher Vorortsgemeinde, Elisabeth Kopp, hat sich dazu ihre Gedanken gemacht:

Zum Wertvollsten in unserem Staat gehört die Möglichkeit des Gesprächs zwischen den politischen Parteien, die sich bei aller Verschiedenheit ihrer Auffassungen in der grundsätzlichen Bejahung unseres Rechtsstaats einig sind. Wo provokative Gewaltakte gerechtfertigt werden, wo der Polizei in völliger Verdrehung der Tatsachen die Schuld an der Eskalation der Gewalt in die Schuhe geschoben wird, wie dies in den letzten Monaten immer wieder geschah, ist ein Gespräch weder möglich noch sinnvoll und damit die Demokratie in Frage gestellt.

Eine Lösung für eine Trägerschaft für das Zürcher Jugendzentrum scheint sich anzubahnen. Es ist zu hoffen, dass das einem offensichtlichen Bedürfnis entsprechende Jugendzentrum bald wieder seine Tore öffnet, und zwar unter einer Trägerschaft, die diesen Namen verdient und die mit der nötigen Verantwortung und dem nötigen Durchsetzungsvermögen die schwierige Aufgabe zu lösen imstande ist.

Welches sind die wahren Hintergründe?

Auch wenn das Experiment Jugendzentrum für einmal gelingen sollte — was angesichts der von seltener Arroganz geprägten Haltung gewisser Jugendlicher noch ungewiss ist —, muss uns die Frage weiterhin beschäftigen, was zum Ausbruch dieser unvorstellbaren Wut und Brutalität geführt hat, was Jugendliche auf die Strasse brachte. Sicher waren ganz gewöhnliche Kriminelle darunter, sicher waren Drahtzieher nachgewiesenermassen zum Teil aus dem Ausland am Werk. Aber das ist nur ein Teil der Erklärung. «Denen geht es viel zu gut»; «die sollen zuerst einmal arbeiten lernen» war namentlich aus dem Mund älterer Menschen in den letzten Wochen immer wieder zu hören. Möglich, dass daran etwas Wahres liegt. Entbehren und Bedrohung von aussen können durchaus eine gesellschaftsintegrierende Wirkung haben. Wohlstand, der nicht selber erarbeitet und damit einfach selbstverständlich ist, hat nicht den gleichen Wert wie für diejenigen, die dafür kämpfen mussten.

So verständlich es ist, dass sich eine Generation, die nach Ent-

behungen und Einschränkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit in einen Konsumrausch stürzte und im materiellen Wohlstand allzu lange das Mass aller Dinge sah,

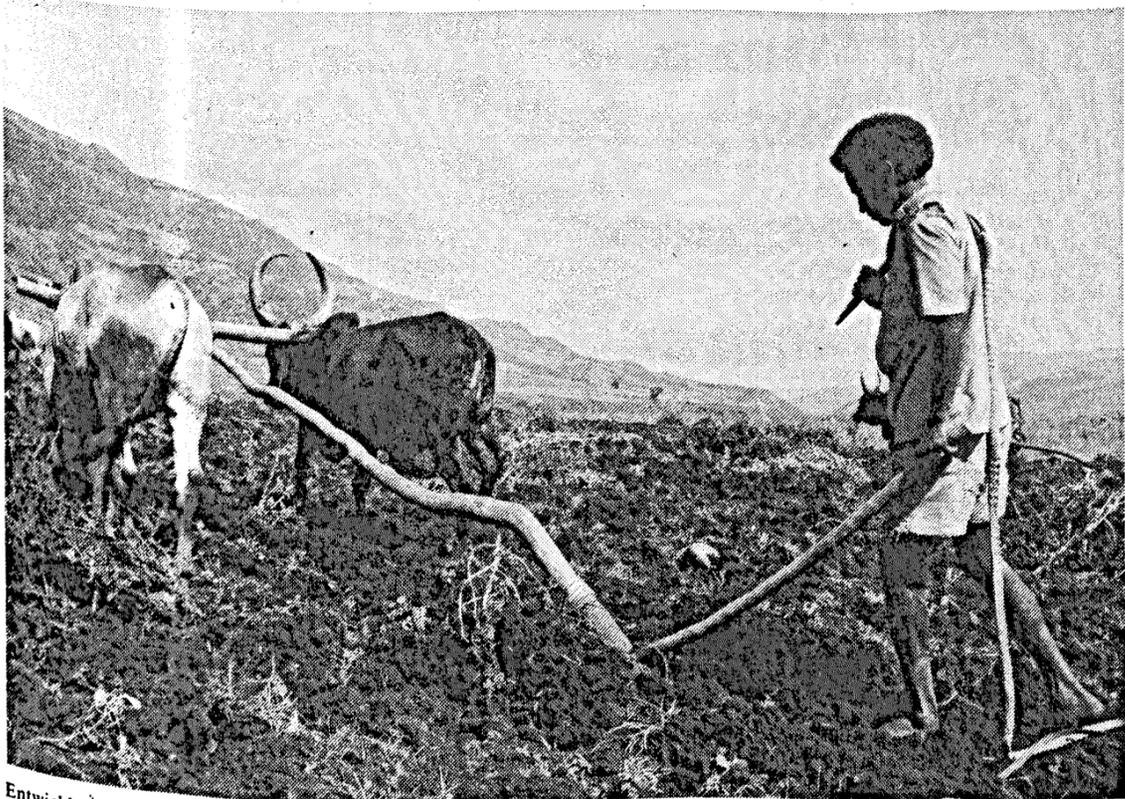
Freisinniger Vorstoss zu den Jugendunruhen

Der freisinnige Schaffhauser Nationalrat Kurt Schüle hat in der Herbstsession ein von 45 weiteren Ratsmitgliedern aus allen Fraktionen unterzeichnetes Postulat eingereicht, das folgenden Wortlaut hat:

In mehreren Schweizer Städten haben Demonstrationen von Jugendlichen zu Ausschreitungen geführt. Die Eidgenössische Jugendkommission hat richtigerweise bereits eine erste Abklärung der Hintergründe an die Hand genommen. Der Bundesrat wird eingeladen, die Eidgenössische Jugendkommission zu beauftragen, nicht nur die Hintergründe abzuklären, sondern auch Schlussfolgerungen zu ziehen und konkrete Empfehlungen zuhanden der für die kantonale und die kommunale Jugendpolitik verantwortlichen Instanzen auszuarbeiten.

so nachfühlbar ist es, wenn ein Teil der Jugend nur die Schattenseiten dieser Konsumgesellschaft sieht. Nicht nur der Zerfall von Werten, Leitbildern, Traditionen und Autoritäten erschwert un-

Fortsetzung auf Seite 2



Entwicklungszusammenarbeit ja — aber wie? So lautet die oft gestellte Frage. Den Versuch einer Antwort soll ein Podiumsgespräch an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz am 25. Oktober in Bern vermitteln. Kompetente Persönlichkeiten — darunter Staatssekretär Dr. Raymond Probst — werden daran teilnehmen. — Helvetas, das Schweizer Aufbauwerk für Entwicklungsländer, blickt dieses Jahr auf sein 25jähriges Bestehen zurück. In der äthiopischen Hungerprovinz Wollo bietet Helvetas Bauern und Bauernvereinigungen seine Dienste an und zeigt, wie mit einfachen Mitteln die Erträge verbessert werden können (Postcheckkonto Helvetas 80 - 3130 Zürich).

Ihre
Eigenheim-
Finanzierung
nach Mass —
mit der SKA



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA

Fortsetzung von Seite 1

ren Jugendlichen, sich im Leben zurechtzufinden, sondern auch die Fragwürdigkeit eines hektischen, technisierten und überorganisierten Lebens. Der Ruf nach einem autonomen Jugendzentrum ist nicht zuletzt auf dem Hintergrund eines Staates und einer Gesellschaft zu sehen, die in ihrer Kleinräumigkeit und Durchreglementierung wenig Raum zu eigenem aktivem Verhalten und Gestalten lässt.

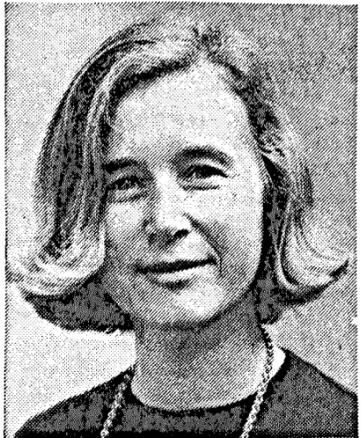
Fragen an die Erwachsenen — und die Politiker

Es ist nicht nur der schlechteste Teil unserer Jugend, der unserer Gesellschaft den Rücken kehrt und sich ein Leben aufzubauen versucht, das weniger auf materielle Güter und äusseren Erfolg ausgerichtet ist, sondern viel mehr auf Entfaltung der eigenen Kreativität und auf immaterielle Werte. Aber es ist der fragwürdigste Teil, der glaubt, seine Frustrationen mit blinder Gewalt loszuwerden.

Was uns als Erwachsene, insbesondere aber auch als Politiker beschäftigen muss, ist die Frage, ob und wie es uns gelingen wird, positive und überlegenswerte Ideen auch und gerade von Jugendlichen in unser Denken und Handeln miteinzubeziehen. Wir werden vorurteilslos untersuchen müssen, ob und inwieweit unsere Marschrichtung langfristig einer Überprüfung bedarf.

«Ausbrechen» ist keine Lösung

Andererseits müsste den Jugendlichen, denen an einer Problemlösung tatsächlich etwas liegt, klar werden, dass ein Ausbrechen aus dieser Gesellschaft, eine Abkehr von unserem Staat, keine Lösung bringen kann, dass Anarchie nicht der Beginn der Freiheit, sondern das Ende jeder Freiheit ist. Das Allerwichtigste ist im Augenblick, der Gewalt ein Ende zu setzen. Dies vor allem im Interesse aller in Mitleidenschaft gezogenen, dann aber auch, um zu



verhindern, dass durch eine zwar verständliche, aber deshalb nicht minder gefährliche Selbsthilfeaktion der Betroffenen eine weitere Eskalation eintritt. Gleichzeitig ist das Gespräch zu suchen mit denjenigen Jugendgruppen, denen es ehrlich um die Lösung von Problemen geht. Diesen ist zu wünschen, dass sie einsehen, wie sehr sie von Kräften missbraucht werden, deren einziges Ziel die Aufrechterhaltung von Konflikten ist. Wenn alle Seiten bereit sind, einen Lernprozess durchzumachen, wenn also die traditionellen politischen Kräfte sich offener zeigen, positive Ansätze, die es in der Jugendbewegung durchaus auch gibt, vermehrt zu überdenken, und sich andererseits die Jugendlichen bereitfinden, wenigstens den Versuch zu wagen, sich in die bestehenden Strukturen zu integrieren und darin ihren Ideen zum Durchbruch zu verhelfen, so hätten die Zwischenfälle der letzten Monate wenigstens eine positive Seite. Damit könnte auch der Grund gelegt werden, in Zukunft auf sinnlose Gewaltakte zu verzichten und einen friedlichen Übergang von unserem industriellen ins nachindustrielle Zeitalter zu finden.

Zu einem sparsameren Energieverbrauch anregen

Ein Gesetz über Stromlieferung?

«Der Bundesrat unterstützt das mit der Motion angestrebte Ziel einer möglichst sparsamen und rationellen Elektrizitätsverwendung.» Diese Aussage ist der Antwort der Landesregierung auf einen Vorstoss von Nationalrat Gilles Petitpierre entnommen, der die Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Gesetz über Stromlieferungen forderte.



Allerdings war der Bundesrat nicht bereit, den Vorstoss als Motion entgegenzunehmen, sondern beantragte Umwandlung in die (unverbindlichere) Form eines Postulates, da «eine derart wichtige Frage unbedingt im Rahmen der grundsätzlichen Gestaltung unserer gesamten Energiepolitik entschieden werden sollte». Der ganze Problemkomplex sollte nach Meinung der Landesregierung vom Parlament im Zusammenhang mit der Botschaft über die Resultate der Vernehmlassung zum Schlussbericht über eine Gesamtenergiekonzeption diskutiert werden können. Da sich der freisinnige Genfer Volksvertreter mit diesem Vorgehen einverstanden erklären konnte, wurde der Vorstoss vom Rat als Postulat überwiesen.

Energieeinsparungen zu erwarten

Ein Gesetz über Stromlieferungen würde nicht nur zu einem sparsameren Energieverbrauch anregen, sondern auch mithelfen, Missstände zu bekämpfen, und so Energieeinsparungen zeitigen, wie aus der Begründung des Vorstosses hervorgeht:

«Die Eidgenössische Kommission für die Gesamtenergiekonzeption hat in ihrem Schlussbericht einen Mehrheitsvorschlag unterbreitet, wonach die gesetzgeberischen Kompetenzen des Bundes im Bereiche der Energiepolitik durch einen neuen Verfassungsartikel erweitert werden sollen. Die Reaktionen auf den Schlussbericht zeigen, dass dieser Vorschlag politisch umstritten ist. Eines der gegnerischen Argumente ist, dass der Bund zuerst seine bereits vorhandenen Kompetenzen ausschöpfen sollte. Diese Forderung ist unumstritten und wird übrigens auch von den Befürwortern eines Energieartikels in der Verfassung unterstützt. Die vermehrte Ausschöpfung bestehender Kompetenzen erscheint um so mehr angezeigt, als eine Verfassungsänderung mehrere Jahre beansprucht, während die heutigen Probleme ein rasches Handeln des Bundes verlangen.»

Der Bund kann im Bereiche der Elektrizität handeln, ohne auf einen Verfassungsartikel zu warten, und zwar auf Grund von Artikel 24quater der Bundesverfassung, dessen erster Absatz besagt: «Bund ist befugt, gesetzliche Bestimmungen über die Fortleitung und die Abgabe der elektrischen Energie zu erlassen.» Auf diese Verfassungsbestimmung stützt sich bereits der Bundesbeschluss vom 13. Dezember 1974 über die Elektrizitätsversorgung, der dem Bundesrat allerdings bloss im

Falle verschärfter Stromknappheit Kompetenzen einräumt und dessen Geltungsdauer zudem beschränkt ist. Die Öffentlichkeit

Der Vorstoss im Wortlaut

Der Bundesrat wird eingeladen, einen Entwurf für ein Gesetz über Stromlieferung zu unterbreiten, das namentlich Bestimmungen folgenden Inhalts umfassen soll:

1. Beschränkung des Anwendungsbereichs der gestaffelten Tarife, eventuell Anreiz zum Energiesparen durch die Tarifgestaltung.
2. Abschaffung der Spezial- und Mischtarife, die energiewirtschaftlich nicht gerechtfertigt sind und auf die Förderung der elektrischen Raumheizung abzielen.
3. Grundsätzlicher Stromlieferungsstopp für energiewirtschaftlich nicht vertretbare Zwecke (Heizung von Strassen, Rampen, Rinnen und privaten Freiluftschwimmbädern; Wärmehänge; Infrarot-Aussenheizung).
4. Stromlieferungen für Klimaanlagen nur bei nachgewiesenem Bedürfnis und unter der ausdrücklichen Bedingung, dass die Abwärme zurückgewonnen wird.
5. Abschaffung der Diskriminierung von stromsparenden Wärmepumpen gegenüber den Heizkesseln.
6. Verpflichtung für Stromlieferanten, Elektrizität aus privaten Installationen (Kraft-Wärme-Kopplung) zu angemessenen Preisen in ihr Netz zu übernehmen.
7. Beschränkung der Stromausfuhr auf die im Lande nicht gebrauchten Überschüsse und auf Lieferungen an das internationale Netz, die durch gleichwertige Gegenleistungen der ausländischen Kraftwerke kompensiert werden.

Kantone müssen Initiative ergreifen

Landesaussstellung — Ja oder Nein?

Verschiedentlich wurde angeregt, eine Landesaussstellung mit der Feier zum 700jährigen Bestehen der Eidgenossenschaft zusammenzulegen. Vorarbeiten für ein derartiges Ereignis sind in der Innerschweiz an die Hand genommen worden. FDP-Nationalrat Manfred Aregger stellte dem Bundesrat in einer Interpellation die Frage, wann dieser über die Durchführung entscheide.

Die bundesrätliche Antwort fiel klar aus: Es sei nicht Sache des Bundesrates zu entscheiden, ob eine Landesaussstellung durchgeführt wird oder nicht; die Initiative für einen solchen Anlass habe von den Kantonen auszugehen: «Der Bund selber wird jedenfalls keine Landesaussstellung durchführen, wenn sich keine kantonale oder regionale Trägerschaft konstituiert.» Wenn indessen eine Ausstellung stattfindet, so ist auch der Bundesrat der Ansicht, dass diese mit der Zentenarfeier zu verbinden ist. Er wird allenfalls über das Ausmass seiner finanziellen Beteiligung zu befinden und notfalls auch über den Standort zu entscheiden haben, sofern mehrere Regionen ihr Interesse bekunden.

Nationalrat Aregger erwartet Schwierigkeiten

Der Luzerner Volksvertreter begründete seine Interpellation wie folgt: «Vor einigen Jahren begann ein Initiativkomitee in Luzern mit Vorabklärungen für die Durchführung einer Landesaussstellung 1991 im Raum Zentralschweiz mit Schwerpunkt Luzern. Nach einer Konferenz von Delegationen der Regierung und des

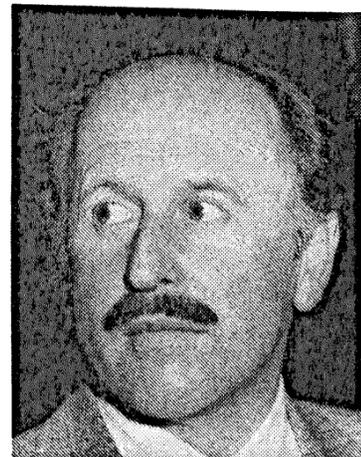
und die Legislative sind sich noch nicht wirklich bewusst geworden, welche Möglichkeiten Artikel 24 der Bundesverfassung dem Bunde eröffnet.

Juristisch ist aber klar, dass dieser Artikel eine ausgedehnte gesetzgeberische Kompetenz auf dem Gebiete der Elektrizitätsverteilung schafft, eine Kompetenz, die es erlaubt, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Stromerzeugern und den Stromverbrauchern durch Bundesrecht zu regeln.

Es ist nun an der Zeit, auf dieser Rechtsgrundlage eine Reihe unbestrittener und dringlicher Begehren im Bereiche der Elektrowirtschaftspolitik zu verwirklichen. Gleichzeitig würden so auch bessere Grundannahmen für eine realistische Einschätzung des künftigen Energiebedarfs geschaffen, die der Bundesbeschluss vom 6. Oktober 1978 zum Atomgesetz verlangt, da er die «möglichsten Energiesparmassnahmen» ausdrücklich als ein Kriterium für den Bedürfnisnachweis anführt.

Ein Gesetz über Stromlieferungen mit dieser Ausrichtung würde nicht nur Energieeinsparungen zeitigen, sondern auch ganz allgemein zu sparsamem Energieverbrauch anregen und Missstände bekämpfen, die entweder längst bestehen oder am Entstehen sind.

Für ein solches Gesetz bestehen wenigstens ebenso sichere Verfassungsgrundlagen wie für die Ausfuhr von Elektrizität. Nach Artikel 24quater Absatz 2 der Bundesverfassung darf elektrische Energie aus Wasserkraft nur mit Bewilligung des Bundes ans Ausland abgegeben werden. Eine analoge Bewilligungspflicht besteht aber auch für elektrische Energie aus Kernkraft, und zwar auf Grund von Artikel 5 Absatz 5 des Atomgesetzes, das seinerseits auf Artikel 24quinquies der Bundesverfassung abgestützt ist.»



Stadtrates von Luzern mit einer Delegation des Bundesrates wurde die Innerschweizer Regierungskonferenz (IRK) beauftragt, ihrerseits entsprechende Studien an die Hand zu nehmen. Mitte November 1979 traf die IRK den vorläufigen Entscheid, dass die 700-Jahr-Feier im Raum Schwyz und die eigentliche Landesaussstellung im Raum Luzern stattfinden sollen. Die IRK hat vorgesehen, dem Bund bis Ende 1980 einen bereinigten Antrag zu stellen.

Im Auftrag der IRK traf auch ein Luzerner Arbeitsausschuss

Die Schweiz und die EFTA

Interpellation der FDP-Fraktion

In der Herbstsession reichte die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung nachstehende Interpellation zum Verhältnis der Schweiz zur EFTA und der Zukunftsaussichten dieser Organisation ein. Sprecher der Fraktion ist Nationalrat Jean-Jacques Cevey, Montreux.

«An der Jubiläumstagung der EFTA vom 11./12. Juni 1980 in Schweden sind die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben der EFTA erörtert worden. Der Bundesrat wird in diesem Zusammenhang um eine Stellungnahme zu folgenden Fragen ersucht:

1. Wie beurteilt er die heutige Bedeutung der EFTA für die Schweiz?
2. Hauptzweck der EFTA ist die Verwirklichung des Freihandels. Sieht der Bundesrat Möglichkeiten, den EFTA-Vertrag unter diesem Gesichtspunkt weiter auszubauen und gegebenenfalls wie?
3. Wirtschaftliche Schwierigkeiten verstärken im internationalen Verhältnis erfahrungsgemäss protektionistische Bestrebungen. Bestehen in der EFTA solche Tendenzen, und wie verhält sich die Schweiz in dieser Frage?
4. Portugal bereitet den Beitritt zur EG vor. In Norwegen wird eine Annäherung an die EG diskutiert. Wie beurteilt der Bundesrat unter diesem Aspekt die Zukunft der EFTA? Besteht die Gefahr eines Abbröckelungsprozesses?
5. Besteht die Absicht, das Freihandelsabkommen mit der EG weiter auszubauen und gegebenenfalls wie?
6. Wie entwickelt sich die Zusammenarbeit der EFTA mit Spanien und Jugoslawien? Besteht die Möglichkeit zu Abkommen ähnlicher Art mit weiteren Ländern?
7. Wie stellt sich der Bundesrat zu einer von verschiedenen Seiten zur Diskussion gestellten Ausweitung der EFTA auf weitere Tätigkeitsgebiete, insbesondere die Währungspolitik, die Konjunkturpolitik, die Arbeitsmarktpolitik und gemeinsame Bestrebungen für wirtschaftlich weniger entwickelte Gebiete in EFTA-Ländern?

eingehende Abklärungen für die Gestaltung einer Landesausstellung. Es liegen klare Konzepte vor, mit denen bewiesen wird, dass sich Luzern um ein solches Grossereignis von nationaler Bedeutung bewerben kann.

Verschiedene Alternativvorschläge und die Bildung von Genkomitees lassen aber erwarten, dass die Vorbereitung einer nächsten Landesaussstellung auf ungleich mehr Schwierigkeiten stossen wird als jene ihrer Vorgängerinnen. Die Wahl der Thematik, die Gestaltung und nicht zuletzt die politische Realisierung werden mehr Zeit beanspruchen als früher. Es ist aus diesen Gründen von grosser Bedeutung, dass auch von seiten des Bundes rechtzeitig gewisse definitive Vorentscheidungen getroffen werden. Die Präsentation einer Landesaussstellung ist eine zu wichtige Aufgabe, als dass sie unter Zeitdruck befriedigend gelöst werden könnte.»

Rentnerstudie alle sechs Jahre

Forderung der FDP-Fraktion

Der Bundesrat soll den eidgenössischen Räten künftig alle sechs Jahre einen verwaltungsunabhängigen Untersuchungsbericht über die wirtschaftliche Lage der Rentner vorlegen. Dies verlangt die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung in einem Postulat. Die unlängst veröffentlichte Studie von Willy Schweizer habe «zu aufschlussreichen Erkenntnissen geführt» und bilde eine wissenschaftlich abgestützte Grundlage für die künftige Altersvorsorgepolitik, erklärt die FDP-Fraktion. Auf dieser Basis seien die periodischen Berichte auszuarbeiten. Sprecher der Fraktion ist deren Präsident, Nationalrat Dr. Franz Eng (SO).

Vor dem Urnengang vom 30. November

Sparmassnahmen 80: Was zur Abstimmung kommt und was nicht

Die Sparmassnahmen 80 sind ein Paket von insgesamt 13 verschiedenen Vorlagen. Drei davon sind Verfassungsänderungen: Aufhebung der Kantonsanteile an der Stempelabgabe, Abbau des Kantonsanteils am Reinertrag der Alkoholverwaltung sowie Abbau der Brotverbilligung. Diese drei Vorlagen gelangen am 30. November zur Abstimmung. Nicht zum Entscheid stehen die anderen zehn Erlasse an, da das Referendum nicht ergriffen wurde bzw. nicht zustande kam.

Nachstehend werden die drei Abstimmungsvorlagen kurz zusammengefasst präsentiert. Um das Gesamtpaket überblicken zu können, wird auch auf die anderen, nicht zur Abstimmung gelangenden Erlasse aus den Sparmassnahmen 80 verwiesen.

Stempelabgabenanteil an Kantone ein Anachronismus

Den Kantonen will der Bund inskünftig nicht mehr jährlich rund 135 Millionen Franken überlassen, die bis anhin deren Anteil — ein Fünftel — aus der Erhebung der sogenannten Stempelabgabe bildete. Gemäss Bundesverfassung ist der Bund befugt, auf Wertpapieren, einschliesslich Coupons, Wechseln und wechselähnlicher Papiere, auf Quittungen von Versicherungsprämien und auf anderen Urkunden des Handelsverkehrs Stempelabgaben zu erheben. Der Anteil der Kantone ist historisch begründet, da 14 Kantone bei der Einführung der eidgenössischen Stempelabgabe im Jahre 1818 bereits vergleichbare Abgaben erhoben.

Das Recht der Kantone soll aus zwei Gründen ausser Kraft gesetzt werden: Einerseits, um dem Bund zusätzliche Mittel zuzuführen, andererseits, weil die Kantone bei der Erhebung dieser Abgabe nicht mitwirken. Die Bundesversammlung sieht vor, die Frage des Reinertrags und der Beteiligung der Kantone an der Stempelabgabe im Rahmen der Aufgabenverteilung zu prüfen. Beschliesst sie die endgültige Aufhebung des Kantonsanteils oder eine Neuaufteilung des Ertrags, so ist ihr Beschluss bis spätestens Ende 1985 Volk und Stän-

den zur Abstimmung zu unterbreiten.

Anteil nur noch zur Bekämpfung des Alkoholismus

Weitere 135 Millionen Franken jährlich will der Bund aus dem Reinertrag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung in seiner Kasse behalten und nicht den Kantonen überweisen. Nach der geltenden Regelung wird dieser Reinertrag je zur Hälfte dem Bund und den Kantonen zuge-

Ebenfalls am 30. November

kommt zusammen mit den drei Verfassungsvorlagen aus dem Paket der Sparmassnahmen 80 die Aenderung des Bundesgesetzes über den Strassenverkehr (Gurtenobligatorium) zur Abstimmung.

wiesen. Der Anteil des Bundes kommt der AHV-Kasse zugute. Die Kantone sind verpflichtet, von ihrem Anteil, der ihnen auf Grund der Wohnbevölkerungszahl zugeteilt wird, wenigstens zehn Prozent — der sogenannte Alkoholzehntel — für die Bekämpfung des Alkoholismus einzusetzen.

Bundesrat und Bundesversammlung beantragen nun, den Kantonen nur noch den Alkoholzehntel ausbezahlen, während der Bund den ihm zusätzlich zur Verfügung stehenden Betrag zweckgebunden zur Finanzierung der AHV/IV einsetzen soll. Diese Massnahme ist ebenfalls bis Ende 1985 befristet und soll im Rahmen der Aufgabenverteilungsdiskussion erneut erörtert und im Falle einer Neuordnung Volk und Ständen zum Entscheid unterbreitet werden.

Tragbare zusätzliche Belastung des Konsumenten

Die dritte Verfassungsänderung im Rahmen der Sparmassnahmen 80 bringt eine zusätzliche Belastung des Konsumenten, die jedoch als tragbar bezeichnet werden kann. Bereits mit dem Sparpaket II, das von den Stimmberechtigten gutgeheissen wurde, beantragte der Bund eine Reduktion der Brotverbilligung. Nun soll diese definitiv abgebaut werden, was das Haushaltsbudget der Familie Schweizer im Schnitt jährlich mit Fr. 15.60 belastet, dem Bund jedoch eine Einsparung von rund 100 Millionen Franken erlaubt.

Gemäss der geltenden Regelung kauft der Bund einheimisches Getreide und verkauft dieses den Müllern, die verpflichtet werden können, dieses Getreide auf Grundlage des Marktpreises zu übernehmen. Da jedoch der Preis für Inlandgetreide weit hö-

her liegt als für Importgetreide, übernimmt der Bund den Differenzbetrag. Mit diesen Massnahmen soll der Anbau von Brotgetreide in der Schweiz gesichert und gefördert werden. Nach dem Willen von Bundesrat und eidgenössischen Räten sollen die Konsumenten inskünftig diese Differenz tragen.

Zehn weitere Erlasse

Die Sparmassnahmen 80 beinhalten nicht nur diese drei Verfassungsänderungen, sondern auch acht Aenderungen auf Gesetzesstufe, ein Bundesgesetz über die Neuverteilung der Bussenstränge sowie einen Bundesbeschluss über die Herabsetzung von Bundesleistungen um zehn Prozent, befristet auf drei Jahre. Alle diese Vorlagen unterstehen dem fakultativen Referendum. Innerhalb von drei Monaten hätten also 50 000 Unterschriften gesammelt werden müssen, um einen Urnenentscheid herbeizuführen.

Von den möglichen Referendumsinitianten — Krankenkassen, Landwirtschaftsorganisationen, Parteien und Gruppierungen der politischen Linken — gaben alle Erklärungen ab, wonach sie auf eine entsprechende Aktion verzichten. Die Entscheide wurden zumeist damit begründet, dass es schwierig sei, mitten in der Sommerpause die nötigen Unterschriften zu sammeln. Eher den Tatsachen und der Ausgangslage entsprechen dürfte jedoch, dass der Souverän weitergehende Sparanstrengungen verlangt hat und die Chancen eines Sieges im Abstimmungskampf als gering eingestuft wurden. Unbeirrt von dieser Situation gab sich ein linksextrêmes, in Genf domiziliertes Splittergrüppchen («Komitee für die Einheit der Arbeiterschaft»), das die Unterschriftensammlung gegen die lineare zehnprozentige Kürzung der Subventionen des Bundes für die Jahre 1981 bis 1983 startete, damit jedoch Schiffbruch erlitt, da das Unterschriftenquorum nicht erreicht wurde.

Im Vergleich zu den drei Verfassungsänderungen sind allerdings die zehn Neuerungen auf Gesetzesstufe mit einer Ausnahme nur finanzpolitische «Leichtgewichte»: Die drei Verfassungsänderungen bringen im Jahre 1981 Einsparungen von 270 Millionen Franken und in den Jahren danach von 370 Millionen Franken, während neun Gesetzesänderungen je nach Jahr die Bundeskasse nur zwischen 25 und 75 Millionen Franken entlasten. Die grosse und für den Bund einträgliche Ausnahme ist der Bundesbeschluss über die Herabsetzung der Subventionen, der während dreier Jahre ab 1981 jährlich Minderausgaben von rund 360 Millionen Franken zur Folge haben soll.

Hauptpunkt: Subventionskürzung

Verständlich, dass die beantragte lineare Kürzung der Subventionen des Bundes in den Bereichen Bundesbeiträge, internationale Hilfswerke und Institutionen sowie Darlehen und Warengeschäfte auch in den eidgenössischen Räten am meisten zu reden gab. Jedoch wurden Anträge auf Reduktion klar abgelehnt, und die Bundesversammlung beschloss sogar, entgegen dem Antrag des Bundesrates, das «Streichkonzert» für ein Jahr länger statt der angeheulenden zwei in Aktion zu belassen.

Der Bundesrat ist jedoch ermächtigt, bei ausgesprochenen Härtefällen gewisse Leistungen von der Herabsetzung ganz oder teilweise auszunehmen, doch muss der Gesamtbetrag der Einsparungen als Folge der linearen Kürzung jährlich mindestens 360 Millionen Franken erreichen. Teilweise auch aus referendumpolitischen Überlegungen hat



Klarer Trend — darum Ja!

In der Debatte über die Sparmassnahmen 80 nahm Ständerat Dr. Paul Bürgi (SG) wie folgt Stellung (Auszug):

«Es ist dem schweizerischen Bundesstaat bis jetzt versagt geblieben, die seit Beginn der 70er Jahre klaffende Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schliessen. Grosse finanzpolitische Würfe, die nicht zum Tragen kamen, wurden vom pragmatischen Bemühen abgelöst, den Ausgabenzuwachs zu drosseln. Dabei wurden zwar Teilerfolge erzielt, aber der grosse Durchbruch zur ausgeglichenen Rechnung fand bis jetzt nicht statt. Die Perspektiven für die 80er Jahre sind kaum zureichend stimmend als ein Rückblick auf die 70er Jahre. Zwei Milliarden wiederkehrende Defizite sagt der Bundesrat voraus. Diese Grösse ist keineswegs übertrieben, sondern darf als realistisch beurteilt werden. Wir sind, gemessen an schweizerischen Bräuchen und an der Finanzgenussung des Schweizervolkes, zweifellos mit einer schwerwiegenden Situation konfrontiert. Ich möchte so weit ge-

hen zu sagen, dass die Glaubwürdigkeit des Bundesstaates vor seinen Bürgern allmählich auf dem Spiele steht. Weiteres zielstrebiges Handeln drängt sich deshalb gebieterisch auf. Dieser Lagebeurteilung entspringt das Sanierungskonzept des Bundesrates. Das Ziel der ausgeglichenen Rechnung verdient volle Unterstützung.

Einige Überlegungen zur Verwirklichung dieses Zieles: Gut ein Drittel der notwendigen Mittel soll im Transferbereich geholt und ungefähr zwei Drittel durch neue Einnahmen beschafft werden. Es haben schon einige Vorredner kritische Überlegungen zum Problem neuer Einnahmen zum Ausdruck gebracht. Ich muss mich ihnen anschliessen. Wir haben nicht nur zwei verworfene Vorlagen, sondern wir müssen zurückgehen bis Ende 1974. Damals gab es auch schon eine Vorlage mit einer kräftigen Erhöhung der Warenumsatzsteuer. Auch sie wurde abgelehnt. Wir können also sagen: In fünf Jahren hat das Schweizer Volk dreimal substantielle Mehreinnahmen verworfen. Zweifellos handelt es sich teilweise um eine Demonstration gegen ein neues Umsatzsteuersystem. Aber es war ebenso sehr ein Plebiszit gegen Mehreinnahmen. Daraus schält sich ein klarer Trend hervor: man wandte sich gegen eine Staatsquote, die schneller wächst als das Bruttosozialprodukt. Wer dies alles unvoreingenommen bedenkt, wird zweifellos mit Bezug auf die Mehreinnahmen zu einer skeptischen Beurteilung kommen. Nicht einmal geschworene Anhänger neuer Einnahmen können sich solchen Überlegungen voll entziehen. Durch diese Situation bekommen die Sparmassnahmen einen höheren Stellenwert im Rahmen unserer Finanzpolitik. Sparmassnahmen sind das einzige, wofür das Volk positive Präjudizien gesetzt hat.»

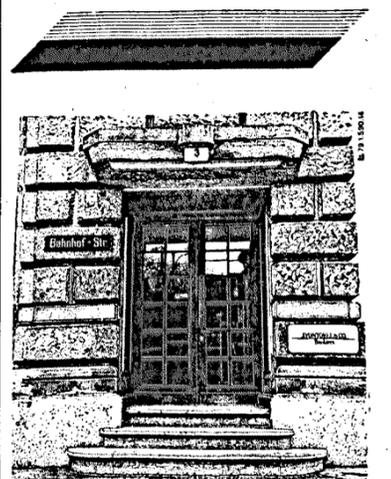
der Bundesrat bereits angekündigt, welche Bereiche von dieser Ausnahmeregelung profitieren könnten: Es sind dies die Leistungen an die Berglandwirtschaft sowie die Subventionen an die Krankenkassen.

Praktisch unumstrittene Einsparungen

Die weiteren vom Bundesrat vorgeschlagenen Einsparungen blieben bei den Beratungen in den eidgenössischen Räten unumstritten, auch wenn sich die entsprechenden Interessenvertreter glaubten zum Worte melden zu müssen. Zusätzlich beschlossen die Räte, inskünftig auf die Subventionierung privater Zivilschutzbauten zu verzichten, was für den Bund Minderausgaben von jährlich rund 20 Millionen Franken bedeutet. Einsparungen soll auch die Fristerstreckung beim Gewässerschutz zur Folge haben, wie auch der Abbau der Tierseuchenbekämpfung für den Bund Minderausgaben mit sich bringt. Die Beitragsharmonisierung in der Investitionshilfe für das Berggebiet soll, wie auch die Neuordnung der Versicherung bei unbekanntem und nichtversicherten Motorfahrzeugen und Radfahrern sowie die Neuordnung der Kantonsanteile an Zoll- und Monopolbussen, ebenfalls zur Schonung der Bundeskasse mithelfen. Komplettiert wird diese Liste einerseits durch die Anpassung zweier Bundesgesetze (Stempelabgaben sowie Alkoholgesetz) an die geänderten Verfassungsbestimmungen sowie andererseits durch die Angleichung des Bun-

desbeschlusses über die inländische Zuckerwirtschaft an den Bundesbeschluss über die Herabsetzung von Bundesbeiträgen.

Die Sparmassnahmen 80 wurden in den eidgenössischen Räten von den bürgerlichen Bundesratsparteien CVP, FDP und SVP geschlossen unterstützt, die auch im Abstimmungskampf der Vorlage ihre Unterstützung angedeihen lassen. Stimmenthaltung oder Opposition war die Haltung der SP-Parlamentarier, während die extreme Linke sich dagegen aussprach und auch bereits angekündigt, sie werde gegen die drei Verfassungsvorlagen am 30. November antreten. cb



J. VONTOBEL & CO.
Bankiers
Zürich, grosse Privatbank

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich Telefon: 01-43 70 11
Telegramme: CAPBANK Telex: 812 306

Ein SBG-Angebot
für Saisonbetriebe.

Wenn Sie Ihren
Betrieb das ganze
Jahr flexibel führen
wollen, sollten Sie
mit uns über einen
Saisonkredit
reden.

Rufen Sie uns an. Damit wir Ihnen
beweisen können, dass wir
für jedes Problem den
richtigen Kredit
haben.



Schweizerische Bankgesellschaft

BEKHAUS & UNVALD BSR

Wir haben die Aufgaben
des Dorfschreiners nicht verlernt -
wir führen die gute
alte Tradition weiter:

Die Liebe zum individuellen
Einrichten liegt unseren Wohnberatern
näher als verkaufen.

Das ist der spürbare Unterschied
zwischen solider, handwerklicher Beratung
und einfachem Vermöbeln.



Geborgenheit
mit Tradition

Offen
von 10 bis
20 Uhr
täglich

Möbelzentrum des Handwerks

Verkauf von handwerklichen und industriellen Erzeugnissen des Wohnbedarfs.
Volketswil, an der Autobahnausfahrt Richtung Uster, «Industrie Volketswil», vis-à-vis Waro, Telefon 01/945 55 81-85
Über 330 angeschlossene Schreinermeister, Innendekorateure und Innen-Architekten.

Neu: Jetzt auch mitten im Herzen von Zürich an der Uraniastrasse 28

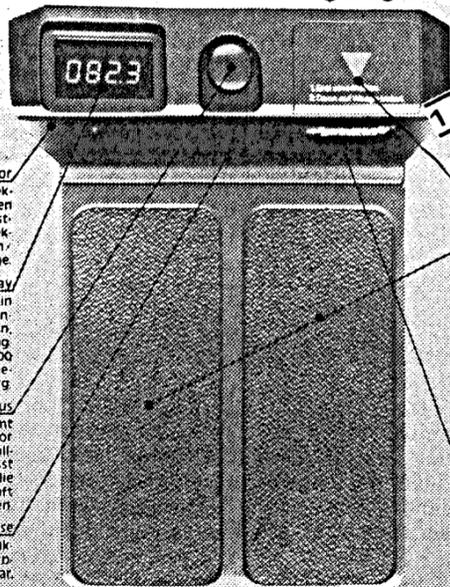
Lassen Sie
für Ihren Garten
sich exklusiv
von



beraten

Gartenbau
Burstwiesenhof Spross Zürich
35 45 55

Es gibt Leute, die ärgern sich gerne über Ihre Waage.
Für alle andern ist damit endgültig Schluss!



1 Jahr Garantie

Microprozessor
Er überwacht alle elektronischen Funktionen von der autom. Selbstjustierung (Null-Korrektur) bis zur Kilogramm-/Gramm-Anzeige.

Display
Gewichtsanzeige in grossen, roten Sieben-segment-Ziffern, Digitalfeld 4-stellig.

Exakte Angabe auf 100 Gramm genau. Wiegebereich 1 bis 150 kg.

Ein/Aus
Beim Einschalten nimmt der Microprozessor automatisch die Null-Korrektur vor und lässt auf dem Display die Betriebsbereitschaft anzeigen.

Gehäuse
Formschönes, kompaktes Design, in drei Farb-kombinationen lieferbar.

Batteriefach
Betriebsspannung 9 Volt. Auf Wunsch mit aufladbarem Akkumulator.

Fussauflage
Bei Belastung biegt sich der Dehnmessstreifen um Bruchteile eines Millimeters. Dadurch verändert sich sein Widerstand gegenüber dem elektrischen Strom. An dieser Veränderung erkennt der Microprozessor absolut präzise mit welchem Gewicht die DYNAVIT-Waage belastet ist.

Komparator
Der Komparator überwacht die Versorgungsspannung, dadurch wird eine Falschanzeige ausgeschlossen.

dynavit® Waage

Die erste elektronische Personenwaage mit Microprozessor!

Die DYNAVIT-Waage kennt keine Kompromisse. Nicht im Design. Auch nicht in der Funktion. Und schon gar nicht in der Präzision. Sie wurde für Dynamiker geschaffen, die das gewisse Mehr wollen. Und dies nicht nur im Beruf. - Senden Sie uns den untenstehenden Gutschein noch heute!

ROGA

ROGA Gerätebau AG, Dammstrasse 3, 8953 Dietikon
Telefon 01/740 74 53/54

GUTSCHEIN

Bitte Informieren Sie mich umgehend und unverbindlich im Detail über die DYNAVIT-Waage.

Name _____
Vorname _____
Beruf _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon _____

(einsenden an ROGA Gerätebau AG,
Dammstrasse 3, 8953 Dietikon)

OSTSCHWEIZ

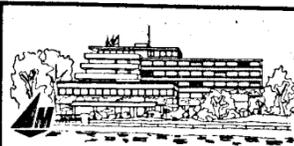
Das Haus mit der behaglichen und
persönlichen Atmosphäre



Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Emilson, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs



ASH ★★★★★
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

HOTEL METROPOL ARBON BODENSEE
CH-9320 Arbon, Tel. 071 46 35 35, Telex 77 247, Dir. Charles Delway

Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit geheiztem Schwimmbad
Hot-Whirl-Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

Geschäftlich oder privat?

Das Hotel Bad Horn hat Ihnen in jeder Beziehung etwas zu bieten: drei gepflegte Restaurants für einen Drink unter Freunden oder für ein exquisites Mahl, den originellen Bounty Bar Club, moderne Zimmer und nicht zuletzt Säle für Kongresse, Geschäfts-Meetings oder Tagungen.

Und falls Sie mit Ihren Geschäftsfreunden oder Bekannten von der Seeseite her kommen möchten: wir haben einen eigenen, neu ausgebauten Hafen.

Willkommen
in Horn!



Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sisteck, (071) 23 33 30

Cuisine du marché
Eigene Kreationen

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich 9.30 bis 23.00 Uhr
Montag geschlossen

Rôtisserie - Café - Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften



Gasthof Hirschen

Traditionelles Restaurant
in idyllischer Landschaft.
Schloss Arenenberg mit
Napoleon-Museum. Jedes
Zimmer mit Blick auf
den Untersee. Gepflegte
Küche für spezielle
Fleisch- und Fisch-
gerichte.

Fam. P. Imhof
CH-8268 Salenstein
Telefon (072) 64 16 44
(Dienstag geschlossen)

Speisesaal mit Blick auf Untersee
(Verf. Sie uns. ausf. Hausprospekt)

Kader- und Verkaufsschulung

Führungs- + Verkaufspraxis

Geschäftserfolg durch Redetechnik

Spezialtraining für Ueberzeugungsreden
vom 2.-4. Dezember 1980

im Motel Al Ponte, 4705 Wanden a. A., Wiedlisbach
Leitung: J. P. Zosso, 8832 Wollerau, Führungs- + Verkaufspraxis

FFDP82120

Effizientes Verkaufstraining

Für erfahrene Verkäufer in kleinen Gruppen von 4 bis 6 Teilnehmern, sowie Grossveranstaltungen. Nachweisbare, ausserordentliche Erfolge. Nur seriöse Kunden.

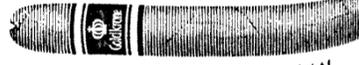
Institut für Psycho-Training
Harry H. Hozheu, Vizepräsident der Gemeinschaft Europäischer Marketingberater und Verkaufstrainer Bellariarain 4,
8038 Zürich, Tel. (01) 43 88 54

FFDP82120

Am Anfang jeder starken
Werbung
steht das Inserat.

Goldkrone

Ihre Cigarre
5 Stück Fr. 6.-
Ein WEBSTAR-Produkt



besonders leicht!

Konferenzen · Sitzungen · Tagungen

mothotel
sommerau
Geschäfts- chur
Essen

Ihr Treffpunkt
ohne Parkplatzsorgen

Emmental Tel. 061 22 55 45

**SCHULER-
WEINE**

St. Jakobskellerei SCHULER & CIE AG SCHWYZ + LUZERN

Ausserordentliche Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz

Samstag, 25. Oktober, 10.00 Uhr,
Bern, Bürgerhaus, Neuengasse 20

Tagesordnung

1. Begrüssung und politische Lagebeurteilung durch Parteipräsident Yann Richter
2. Eidg. Volksabstimmung vom 30. November

a) aus den Sparmassnahmen 1980:

- Neuverteilung der Reineinnahmen der Eidg. Alkoholverwaltung
- Aufhebung des Kantonsanteiles am Reinertrag der Stempelabgaben
- Revision der Brotgetreideordnung

Einleitende Kurzreferate von

- Ständerat Dr. Peter Hefli (grundsätzliche Bemerkungen)
 - Nationalrat Raoul Kohler (Erläuterung der drei Vorlagen)
- Diskussion und Beschlussfassung über die Abstimmungsparole

b) Bundesgesetz über den Strassenverkehr («Gurten-Obligatorium»)

Orientierung über die vom Delegiertenrat beschlossene Abstimmungsparole

3. Zur Diskussion gestellt: Die schweizerische Entwicklungspolitik

- a) Podiumsgespräch unter Mitwirkung von
 - Botschafter Dr. Raymond Probst, Staatssekretär, Direktor der Politischen Direktion im EDA
 - Botschafter Dr. Marcel Heimo, Direktor der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe im EDA und weiteren Teilnehmern aus Parlament und verschiedenen Organisationen.
- b) Allgemeine Aussprache

4. Verschiedenes

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Der Präsident:
Y. Richter

Der Generalsekretär:
H. R. Leuenberger

Gegen präjudizierende Entscheide in der Medienpolitik

Deutlich die Erwartung ausgedrückt, dass vor Vorliegen eines Gesamtmedienkonzepts keine präjudizierenden Entscheide getroffen werden, wurde an einer Aussprache über hängige medienpolitische Fragen in der Geschäftsleitung und dem Vorstand der FDP-Fraktion der Bundesversammlung. Im Rahmen einer Gesamtschau sei die Medienpolitik in übergeordnete Politiken, insbesondere in staats- und gesellschaftspolitische Wertungen und Zielvorstellungen, einzuordnen.

Unmissverständlich gewarnt wurde in der Diskussion, die von Nationalrat Ulrich Bremi (ZH) geleitet wurde, vor einem «Wildwuchs» und «italienischen Verhältnissen» im Mediensektor. Eingehend erörtert wurde auch die Frage des SRG-Monopols. Vorgängig der Aussprache äusserten sich unter dem Vorsitz von Parteipräsident Yann Richter kompetente Referenten, darunter Bundesrat Leon Schlumpf, zu Medienfragen.

Der Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartementes gab einen einlässlichen Ueberblick über die verschiedenen auf Bundesebene laufenden Anstrengungen im Medienbereich. Noch in diesem Jahr soll dem Bundesrat ein Botschaftsentwurf für einen Radio- und Fernseh-

artikel unterbreitet werden. Es soll ein ausgemessener, enumerativer Verfassungsartikel sein, nicht bloss ein Kompetenzartikel mit generellem Inhalt. Darin soll auch die Frage einer unabhängigen Beschwerdeinstanz abschliessend geregelt werden.

Vehement verteidigt wurde das SRG-Monopol von Stelio Molo, Generaldirektor der SRG, da nur so gewährleistet werden könne, dass auch die sprachlichen und regionalen Minderheiten ausreichend berücksichtigt würden. PTT-Generaldirektor Fritz Locher erklärte die Bereitschaft der PTT zum Betrieb eines Radio- und TV-Satelliten; die Vorarbeiten dazu seien bereits weit gediehen. Gemäss den Ausführungen des Präsidenten der Eidgenössischen Kommission für ein Gesamtmedienkonzept, Dr. Hans W. Kopp, liegt der Schlussbericht termingemäss Mitte des nächsten Jahres vor. Bereits heute nehme jedoch die Kommission zuhänden der zuständigen eidgenössischen Instanzen zu aktuellen Fragen Stellung. «Tages-Anzeiger»-Verlagsdirektor Dr. Riet Theus forderte die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen, die es den internationalen und nationalen Medien einerseits sowie den regionalen und lokalen Medien andererseits erlauben, zu einer vernünftigen Arbeitsteilung zu kommen.

Auf dem richtigen Weg?

Fortsetzung von Seite 1

Budget- und Rechnungsausgleichs über neue Einnahmequellen wird verfügen müssen.

Ausgangspunkt: gescheiterte Sanierungsbemühungen

In der Diskussion über den einzuschlagenden Weg zur Sanierung der Bundesfinanzen ist vorerst einmal auf die Vorgeschichte zurückzugreifen. Nicht nur wurden die zwei Mehrwertsteuervorlagen 1977 und 1979 verworfen, sondern 1974 erlebte ein Antrag auf kräftige Erhöhung der Warenumsatzsteuer dasselbe Schicksal: In einem Zeitraum von sechs Jahren hat sich das Schweizervolk dreimal deutlich gegen Mehreinnahmenpläne ausgesprochen. Diesem Plebiszit gegen Mehreinnahmen steht jenes für verstärkte Sparanstrengungen gegenüber: Nicht nur wurde die sogenannte Ausgabenbremse praktisch einmütig gutgeheissen, sondern auch zwei Sparvorlagen fanden die deutliche Zustimmung des Souveräns. Dieser Tatsache Rechnung tragend, wurde ein weiteres Sparpaket — die Sparmassnahmen 80 — ausgearbeitet. Davon kommen drei Vorlagen, die eine Aenderung der Bundesverfassung nach sich ziehen, am 30. November zur Abstimmung.

Verlängerung der Finanzordnung vordringlich

Den Präjudizien der Stimmberechtigten ist ebenso nachzuleben wie der Parole «Zuerst sparen, dann steuern». Es ist deshalb nicht ganz verständlich, dass der Bundesrat mit einem ganzen Paket von Steuervorlagen schon jetzt aufwartet. Unzweifelhaft, der Bundeshaushalt kann, wie erwähnt, nicht nur auf einem Bein — der Ausgabenseite — saniert werden. Der Bundeskasse sind zusätzliche Einnahmen zuzuhalten, doch ist die Diskussion darüber und auch über deren Umfang erst nach der Verlängerung der Bundesfinanzordnung zu führen.

Da die FDP der Ansicht ist, dass eine weitverbreitete Steuermüdigkeit grassiert, tritt sie dafür ein, dass alles unterlassen werden sollte, was das ohnehin labile steuerpolitische Klima in unserem Land tangieren könnte. Nur so kann die Verlängerung der Finanzordnung, die das Rückgrat des Bundeshaushaltes darstellt,

Mehr Defizite denn Ueberschüsse

Die Entwicklung des Bundeshaushaltes in den letzten 40 Jahren zeigt ein sehr uneinheitliches Bild. Nach einer Phase mit negativen Rechnungsabschlüssen folgte eine solche mit positiven Ergebnissen, die dann wiederum eine «Runde» mit roten Zahlen ablöste.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden Defizite ausgewiesen. Diese betrugen beispielsweise 1940 rund 870 Mio. Franken, 1943 und 1944 jeweils eine Milliarde Franken, und im letzten Kriegsjahr schloss die Finanzrechnung des Bundes mit einem Minus von 800 Mio. Franken ab.

Mit dem Ende des Krieges kam auch das Ende der negativen Rechnungsabschlüsse: Bereits 1946 konnte ein Ueberschuss von 200 Mio. Franken ausgewiesen werden. In den folgenden 24 Jahren — also bis und mit 1970 — waren nur drei Jahre als schwarz für die Finanzrechnung des Bundes zu bezeichnen, weil diese Ende Jahr rote Zahlen aufwiesen. 1951 musste ein Minus von 30 Mio. Franken, 1952 ein solches von 210 Mio. Franken und 1967

ein solches von 150 Mio. Franken verzeichnet werden. In all den andern Jahren konnte die Rechnung mit einem Ueberschuss abgeschlossen werden. Doch fiel dessen Grössenordnung recht unterschiedlich aus. Einem bescheidenen Plus von 4,7 Mio. Franken im Jahre 1966 steht ein Ueberschuss von 647 Mio. Franken genau zehn Jahre zuvor (1956) gegenüber.

Seit 1971 konnte in der Finanzrechnung nie mehr ein Ueberschuss verzeichnet werden. Betrug im ersten Jahr der roten Serie das Manko noch 300 Mio. Franken, so stieg dieses bis 1979 auf die Rekordhöhe von 1,8 Mia. Franken. Auch in den Jahren 1974 bis 1977 mussten Fehlbeträge im Betrage von jeweils über 1 Mia. Franken registriert werden. Einzig 1978 sank dieser unter die Milliardengrenze auf 720 Mio. Franken. Auch für das laufende Jahr wird in der Finanzrechnung ein Defizit budgetiert: Den 16,5 Mia. Franken Ausgaben stehen nur erwartete Einnahmen von 15,1 Mia. gegenüber, so dass ein Ausgabenüberschuss von 1,342 Mia. Franken prognostiziert wird. *cb*

gesichert werden. Die Vorlage ist deshalb auch so auszugestalten, dass sich an ihr keine nennenswerte Opposition entzünden kann. Die heutige Regelung ist also möglichst unverändert weiterzuführen.

Weichen gestellt

Mit der Rückweisung der Schwerkverkehrssteuervorlage durch den Ständerat an den Bundesrat, die aus freisinniger Initiative heraus erfolgte, wurden die Weichen für die hier skizzierte Finanzpolitik gestellt. Das Nein der freisinnigen Ständeherrn ist kein Nein zu einer Schwerkverkehrsabgabe; es ist ein Ja für deren Erörterung im Zusammenhang mit der Gesamtverkehrskonzeption. Die Botschaft dazu soll Anfang des nächsten Jahres veröffentlicht werden. Es wäre zudem widersprüchlich gewesen, wenn gleichzeitig auf zwei Ebenen über die Frage einer Schwerkverkehrsabgabe diskutiert worden wäre.

Aber auch bei den anderen (bürgerlichen) Parteien scheint die Ansicht zu bestehen, dass der Verlängerung der Bundesfinanzordnung Priorität einzuräumen ist. Zweifellos wird jede Partei noch versuchen, ihrer Anhängerschaft entsprechend, Sonderwünsche anzubringen. Die Einsicht, dass der Bundeshaushalt über einen sicheren Boden verfügen muss, lässt aber erwarten, dass

die Beratungen in den Räten zu einem zumindest im bürgerlichen Lager allseits tragfähigen Konsens führen werden. Der SP ist ernsthaft die Frage zu stellen, ob sie sich nicht in Anbetracht des psychologischen Klimas diesem Vorgehen anschliessen will.

Personen

Der vielbeschäftigte Zürcher Volkswirtschaftsprofessor und Nationalrat Prof. Haas Küenzi hat Zeit gefunden, sich vom Physica-Verlag die ersten Exemplare der neuen Buchreihe «Hintergründe» vorstellen zu lassen. «Hintergründe» beschäftigen sich allerdings nicht mit den Hintergründen der Zürcher Krawalle, sondern mit wirtschafts- und finanzpolitischen Themen.

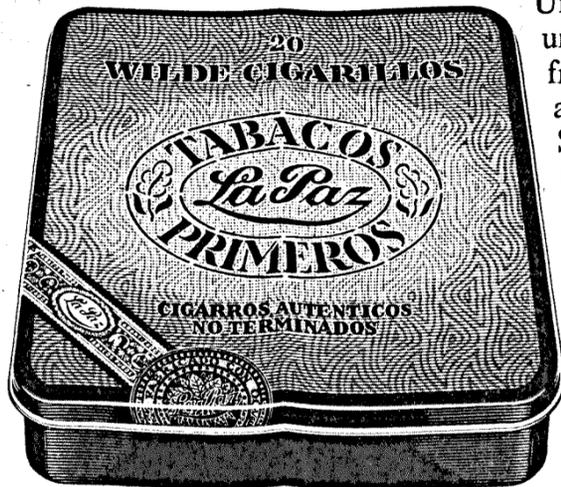
Nicht gut bekommen ist Nationalrat Dr. Kaspar Meier ein (offizieller) Besuch in Ostberlin. Krank kam der Luzerner von der Konferenz der Interparlamentarischen Union zurück. Ob ihm wohl das (Ost-)Berliner Klima nicht so zusagte?

Seine Fitness unter Beweis stellte Nationalrat Hansruedi Fröh. Der Ausserrhodener nahm an der Internationalen Bodenseerundfahrt teil. Auf dem Stahross legte er so über 200 km zurück.

Nicht dabei war der «erste Velofahrer» der FDP-Fraktion der Bundesversammlung, der Schaffhauser Volksvertreter Kurt Schüle. Böse Zungen behaupten, Tandems seien nicht zugelassen gewesen und ohne Marcel H. Keiser habe Schüle nicht teilnehmen wollen.

Ehrlichkeitshalber.

Weil es schon besonders viel Erfahrung in der Kunst der Herstellung gehaltvoller Cigarillos braucht, haben sich die Cigarrenmacher von La Paz Zeit gelassen. So lange, bis die Mischung aus Dutzenden erstklassiger Tabaksorten stimmte.



20 Stück/Fr. 8.—

Und sie mit makellosen, naturreinen Deckblättern umhüllt. Und ein Büschel am Brandende freigelassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Aus Tabak. Mehr nicht. Damit Sie als Kenner nicht mehr die Nase über Cigarillos zu rümpfen brauchen.

Denn Wilde Cigarillos von La Paz sind von Grund auf ehrlich. So sorgsam mélangiert wie eine grosse Cigarre. So aromatisch leicht. Und ungepudert.

Die Leute von La Paz sind eben Perfektionisten. Seit über 160 Jahren.

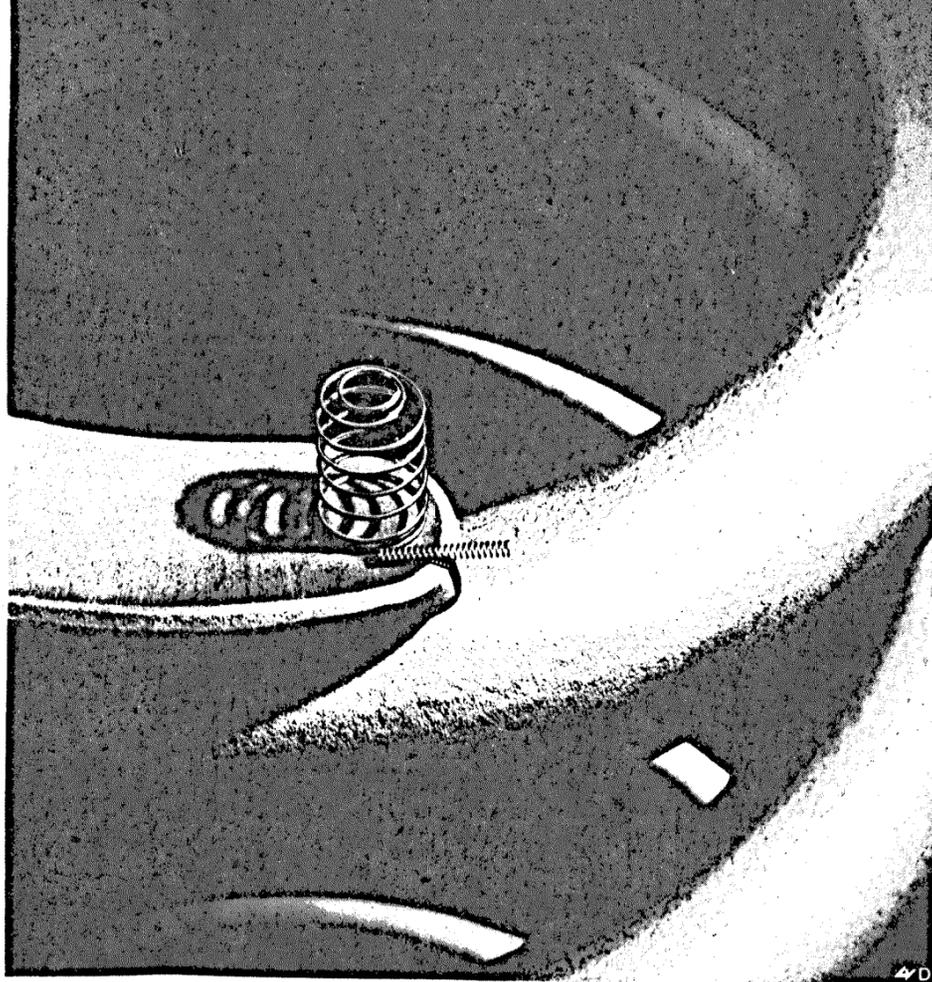


Cigarros Autenticos.

FEDERN

In Jeder Grösse
für Jede Verwendung

Baumann & Cie. AG
8630 Rüti/Zürich, Schweiz
Telefon: (055) 86 12 12



Erholung in der Ostschweiz

8-Tage-Intensivkur zur Entschlackung auf rein pflanzlicher Basis.

- Speziell empfohlen bei
Leber/Galle- und Magenleiden.
- Erholung in idealer Höhenlage (1000 m ü. M.)
 - gesundes Klima
 - ruhig und sonnig gelegen
 - im Zentrum dankbarer Ausflugsziele
 - viele Möglichkeiten zu Sport und Wanderungen
 - Verlangen Sie unseren Kurprospekt



CH-9042 Speicher, Telefon 071/94 23 33

ZUR ERHOLUNG UND FÜR IHRE GESUNDHEIT

Mehr als nur Ferien – im Solebad-Hotel «Flamingo»

Massagen, Solarium, Fango, Fitnessraum, Sprudelbad

7-Tage-Arrangement zum Pauschalpreis ab Fr. 300.– (Zimmer mit Dusche/WC Fr. 350.–), Frühstücksbuffet, Abendessen, Eintritt im Solebad.

Geniessen Sie die herrliche Ruhe und Sonne in Oberhelfenschwil im Toggenburg. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

FLAMINGO

Kurhotel Sole-Schwimmbad Tea Room
Fam. M. Thomasius Oberhelfenschwil SG 071 / 55 12 56

Gutschein Fr. 30.–
ab 7 Tagen Aufenthalt



auf der Sonnenterrasse von Bad Ragaz.
**Das ideale Hotel für erholsame
Thermalbadeferien**

oder Badekur unter ärztlicher Anleitung der Bäderklinik Valens bei Rheumaleiden, Lähmungen, Unfallnachsorge und Rehabilitation.

Im Frühling und Herbst besonders empfehlenswert. Ruhige Lage, nebelfreies, mildes Klima.

Spezialstudios für Behinderte
Klinik und Kurhotel unter gleicher Leitung.

Auskunft und Prospekte:
Kurhotel Valens, CH-7311 Valens
Telefon (085) 9 37 14 (Frl. Moosberger verl.)

PASSUGGER



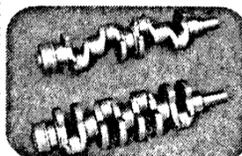
Natürliches Mineral-
Tafelwasser ersten
Ranges. Mehrfach
mit Goldmedaillen
ausgezeichnet.
Inhalt 3,5 dl. Wenig
Kohlensäure.
Reich an wert-
vollen Mineralien.
Kurgeeignet.
Eigens Kur-Hotel.

Georg Fischer weiss, dass
die Automobilindustrie
nichts dem Zufall überlassen kann



Die Automobilindustrie braucht als Partner Lieferanten mit sprichwörtlicher Gussqualität. Das heisst Hochwertige Gusswerkstoffe für betriebssichere Bauteile. Qualität mit grösster Gleichmässigkeit auf hohem Niveau. Moderne Giessereien mit wirtschaftlicher Fertigung, welche konstante Lieferfähigkeit und Sicherheit in der Versorgung garantieren. Eine gut ausgebaute technische Beratung. Sie erstreckt sich auf alle Bereiche, von der Konstruktion bis zur Zerspanung. Unsere Fachleute sind zur Stelle, wann immer sie gerufen werden. Das alles brauchen Automobilhersteller, um ihre Grossserienfertigung reibungslos abwickeln zu können.

serienprodukte, von denen jedes einzelne den hohen Qualitätsansprüchen der Automobilindustrie gerecht wird. +GF+ bietet mit seiner umfassenden Werkstoffpalette und mit wirtschaftlichen Herstellungsverfahren ein zukunftsorientiertes Leistungsangebot.



Gegossene Kurbelwellen für PKW-Motoren

+GF+ liefert jährlich für hunderttausende Automobile Bauteile aus hochwertigen Gusswerkstoffen

Das kam nicht von heute auf morgen. Dahinter steckt jahrzehntelange Erfahrung in der Serienfertigung. Unsere Forschung und Entwicklung leistet wichtige Beiträge zur Produktentwicklung. So werden duktile Gusswerkstoffe auf neuen Anwendungsgebieten im Fahrzeugbau eingesetzt. Heute liefern wir Gross-

+GF+ forscht und entwickelt, damit Autos noch sicherer werden
Steigende Anforderungen an Werkstoffe, Verfahren und Produkte sind an der Tagesordnung. Neue Techniken im Fahrzeugbau fordern laufend weitere Anpassungen. Neue Bauteile mit verbesserten Eigenschaften werden benötigt, hergestellt nach noch wirtschaftlicheren Verfahren und geprüft mit unserem bewährten Qualitätssicherungssystem. Unsere Metallurgen, Chemiker, Physiker, Giesserei-Ingenieure und Konstrukteure arbeiten eng mit unseren Kunden zusammen. Damit das, was immer von +GF+ gefertigt und geliefert wird, höchste Qualitätsansprüche erfüllt. Das ist unser Beitrag zur Verkehrssicherheit. Wir sind stolz, dass nahezu alle namhaften europäischen Automobilhersteller Bauteile von +GF+ verwenden.

+GF+

Georg Fischer Aktiengesellschaft, Schaffhausen (Schweiz)
+GF+ Qualität weltweit

P 4421



**Neu: für Junggebliebene
ab 50 Jahren**

unbeschwerter Ferienkurs im sonnig warmen Florida

**17. Januar – 8. Februar 1981
St. Petersburg Beach**

Eine ideale Kombination zwischen Ferien und Weiterbildung. Erfahrene Sprachlehrer vermitteln Ihnen täglich drei Lektionen unbeschwerter Unterrichts. Es bleibt also noch genügend Zeit, um die herrliche Gegend und das warme Klima am Golf von Mexiko zu geniessen.

Was wir Ihnen bieten:

- Linienflug ab Zürich
- 15 Englischlektionen pro Woche
- Unterkunft in einem Erstklasshotel direkt am Strand
- Ausflüge ins Disneyland, Bush Gardens usw.
- Betreuung und Reiseleitung von A – Z und vieles mehr.

23 Tage ab Zürich Fr. 3650.–. Verlangen Sie den ausführlichen Prospekt!

Hausmann-Reisen
Bahnhofstr. 10
9000 St. Gallen
Tel. (071) 20 81 41

Interstudy
Birsigstrasse 4
4001 Basel
Tel. (061) 23 12 33

FFFD83932

GESUCHT
in der Stadt
oder Agglomeration Zürich

BAULAND
für die Erstellung
von Ein- oder
Mehrfamilienhäusern.

GENERALBAU
Dienersstrasse 15
8004 Zürich
Tel. 01 242 10 20 **mathis ag**

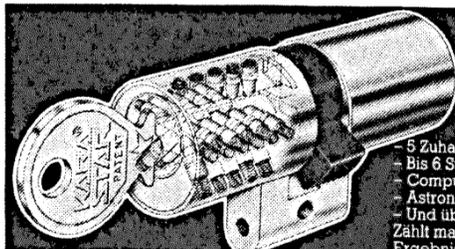
SILENT GLISS

Vorhang-Fernbedienung
Mit Knopfdruck Vorhang
auf und zu.

Die komfortable Lösung
für zahlreiche Vorhang-
probleme.

Möchten Sie mehr wissen?
Beratung gibt Ihnen
gerne Ihr Fachhändler
oder

VonDach + Co
SILENT GLISS
3250 Lys.
Tel. 032 84 27 42



KABA STAR
Das Schliesssystem
mit Kopierschutz-Garantie.

- 5 Zuhaltungsreihen.
 - Bis 6 Stifte pro Reihe und 26 Positionen pro Zylinder.
 - Computergesteuerte Schlüssel-Fräsungen in Hundertstel Millimetern.
 - Astronomische Schliessvarianten.
 - Und über 100 Jahre Erfahrung.
- Zählt man alles zusammen, kommt man zum Ergebnis, dass KABA STAR ganz sicher sicher ist.



BAUER KABA AG

Sicherheits-Schliesssysteme
Postfach, CH-8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931611
Telex 875481



Mehr Platzbedarf? Kein Grund, auf einen Mercedes zu verzichten.

Mercedes T – das bedeutet ein Raumangebot, das keine Limousine bietet, plus Limousinen-Merkmale, wie sie durchschnittliche Autos mit grosser Ladefläche nicht aufweisen.

Wenn Sie beruflich oder privat einen Personenwagen mit grosser Ladekapazität benötigen, gehört Mercedes T in die engste Wahl. Er ist das einzige Fahrzeug, das bis zu 700 kg wirtschaftlich transportieren kann und dabei die Sicherheit, den Komfort, die Leistung und die gepflegte Eleganz bietet, wie sie in dieser ausgewogenen Synthese nur im Mercedes-Benz anzutreffen sind.

Ob Platz oder Sitz, der T bleibt immer ein Mercedes.

Mit einer Ladefläche von rund 1.50 m Breite und fast 2.90 m Länge löst der Mercedes T jedes Transportproblem, das für ein Automobil dieser Art überhaupt lösbar ist. Ein Handgriff verwandelt den grossräumigen Transporter in einen komfortablen Fünf- oder (mit einer zusätzlichen, im Fond versenkbaren Sitzbank) Siebenplätzer. Die Fondpartie lässt sich in Sitz- und Laderaum unterteilen. Die serienmässige Dachreling bietet weitere Lademöglichkeiten.

Eine äusserst wichtige Bereicherung ist die ebenfalls serienmässige Niveauregulierung. Durch sie wird bei jeder Belastung und Lastverteilung die sichere Strassenlage erhalten und ein Absinken des Hecks verhindert. Der Mercedes-Benz T ist in den Aussenmassen nicht

grösser als irgendein anderer Mercedes-Personenwagen und deshalb ebenso wendig und handlich.

Sieben Modelle für vielseitigste Bedürfnisse.

200 T Vierzylinder-Querstrommotor, 80 kW (109 PS).
230 TE Vierzylinder-Einspritzmotor, 100 kW (136 PS).

Diese beiden Motoren der neuen Vierzylinder-Generation sind dank ihrer fortgeschrittenen Technologie wirtschaftlicher, stärker, lauffruher und umweltfreundlicher.

250 T Sechszylinder-Motor, 103 kW (140 PS).
280 TE Sechszylinder-Einspritzmotor, 136 kW (186 PS).
240 TD Vierzylinder-Dieselmotor, 53 kW (72 PS).
300 TD Fünfzylinder-Dieselmotor, 65 kW (88 PS).
300 TD Turbo-Dieselmotor, fünf Zyl., 92 kW (125 PS).

Turbo-Diesel – Vorstoss in eine neue Dimension.

1936 erschien der erste Personenwagen der Welt mit Dieselmotor. Es war ein Mercedes. Seither ist Mercedes-Benz in der Nutzung des Diesel-Prinzips an der Spitze der Entwicklung geblieben. Mit der Turbolade-Technik haben die Mercedes-Konstrukteure ein neues Kapitel in der Geschichte der Motorisierung eröffnet.

42% mehr Leistung, entscheidend weniger Verbrauch.

Vor einigen Jahren hat das Mercedes-Versuchsfahrzeug C 111 mit Turbo-Dieselantrieb mehrere Weltrekorde aufgestellt und bei Dauerfahrten mit mehr als 300 km/h Durchschnitt ganze 16 Liter pro 100 km verbraucht. Mit viel weniger Treibstoff kommt natürlich der für Strassengeschwindigkeiten gebaute Turbo-Dieselmotor des Mercedes 300 TD aus, und in der Leistungscharakteristik ist er einem Benzinmotor durchaus ebenbürtig.

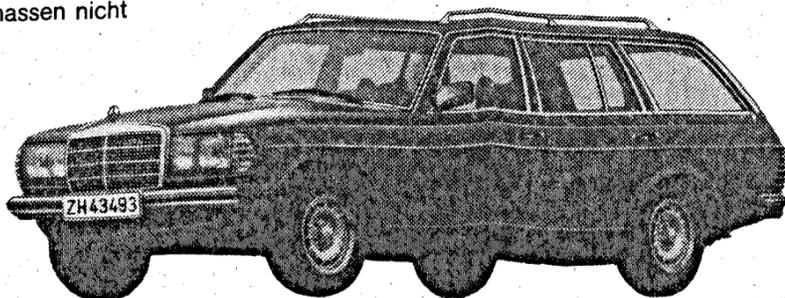
Sieben Modelle – ein Konstruktionsprinzip.

Sämtlichen Mercedes-Typen der T-Reihe wie jedem Mercedes-Benz überhaupt liegt dasselbe Bauprinzip zugrunde: das Prinzip der Ausgewogenheit aller massgebenden Komponenten. So könnten zum Beispiel die hohen Kraftreserven die umfassenden Reserven an Sicherheit, Komfort und Strapazierfähigkeit nie überfordern oder auch nur voll beanspruchen. Und mit dem reichlichen Leistungs- und Platzangebot geht eine Wirtschaftlichkeit einher, wie man sie bei solchen Wagen nicht unbedingt voraussetzen kann.

Dieses harmonische Nebeneinander aller wünschbaren Fahrzeugeigenschaften sowie die unübertroffene Fertigungsqualität und der unverwechselbare Stil sind es, die das ganz Besondere am Mercedes-Benz ausmachen. An jedem Mercedes-Benz.



Mercedes-Benz.



Ihr guter Stern auf allen Strassen.

Ein Land im Spannungsfeld der Mächte

Thailand — der nächste Dominostein?

Nach dem Ende des Vietnamkrieges wurde darüber spekuliert, wie lange es gehen werde, bis der nächste Dominostein nach der Theorie, dass ein Staat nach dem anderen in die Hände der Kommunisten fallen werde, das Lager wechsele. Thailand erschien vielen als das nächste potentielle Opfer. Doch bis heute wollte dieser Dominostein nicht fallen. Die Anzeichen deuten darauf hin, dass dies auch in nächster Zukunft nicht der Fall sein wird.

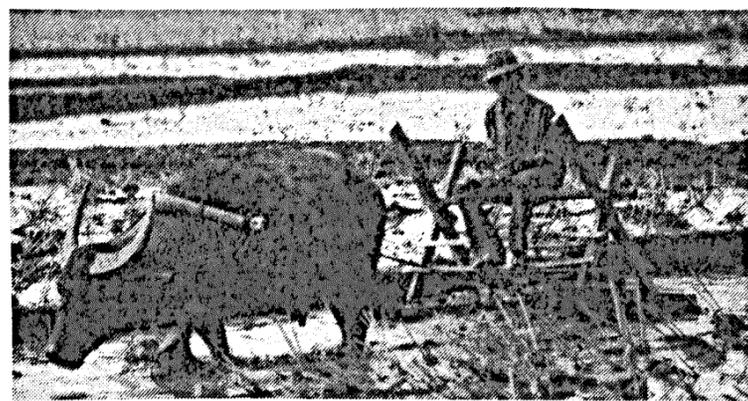


Dass Thailand als potentieller «Umfaller» gewertet wird, ist nicht unbegründet. Das Land kämpft intern mit grossen sozialen und wirtschaftlichen Problemen. Es hat nicht nur kommunistische Guerillas im eigenen Land unter Kontrolle zu halten, sondern auch die Grenzen gegenüber seinen Nachbarstaaten — insbesondere Laos und Kambodscha — gegen mögliche Ueber- und Angriffe vietnamesischer Truppen zu schützen. Im Norden des Landes — im legendenumwobenen «Goldenen Dreieck» — kann die Bangkok Zentralregierung ihre Machtbefugnisse nicht wahrnehmen. Und die in den letzten Jahren massiv angeschwollene Zahl von Flüchtlingen, die im Grenzgebiet in riesigen Camps angesiedelt wurden, ist ein steter Unsicherheitsfaktor.

Wohl gut gerüstet...

Die thailändische Armee ist sowohl zahlenmässig als auch in bezug auf die Waffenstärke allen möglichen Feinden gegenüber klar überlegen. Fragezeichen sind allerdings hinter die Moral der Truppe zu setzen. Wie gross die Bereitschaft der USA sowie der im (wirtschaftlich orientierten) Asean-Pakt zusammengeschlossenen Staaten (mit Malaysia, Singapur, Indonesien und den Philippinen) ist, sich auf einem thailändischen Schlachtfeld zu engagieren, muss mit einem Fragezeichen versehen werden.

Mit Pufferzonen im Grenzgebiet versucht Thailand möglichen Zwischenfällen mit seinen Nachbarn vorzeitig aus dem Weg zu gehen. In diesen Zonen sind die Flüchtlingslager angesiedelt worden, von denen aus ein dauerndes



Die Anlageberater übersetzen die Richtlinien der Geschäftsleitung für die Anlagepolitik in Entschlüsse. Eine gute Kombination von «unité de doctrine» und individuellem Vorgehen.

BANK JULIUS BAR & CO. AG
8022 Zürich, Bahnhofstrasse 36, Telefon (01) 228 51 11

Kommen und Gehen über die Grenze herrscht. Kleinere Zusammenstösse lassen sich allerdings nicht vermeiden, doch werden diese von Bangkok in ihrer Bedeutung heruntergespielt.

Eklatante Wirtschaftsprobleme

Nicht erst seit dem Anschwellen des Flüchtlingsstromes sind die Wirtschaftsprobleme offensichtlich geworden. In Thailand leben nach Angaben der Weltbank 15 Millionen Menschen — also rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung — mit einem Einkommen von unter 100 Dollar. Wachsende Handelsdefizite, verlangsamtes Wachstum und eine durch ständige Oelpreiserhöhungen geschürte Teuerung hatten die Vorgängerregierung der jetzigen zu unpopulären Massnahmen gezwungen, an denen sie scheiterte. Die grassierende Korruption, die weder vor Politikern noch Militärs haltmacht, trägt nicht dazu bei, das Verständnis des Bürgers gegenüber den Sorgen und Nöten seines Staates zu wecken.

Flüchtlinge schaffen neue Probleme

Die Zahl der Flüchtlinge, welche sich auf thailändischem Territorium vorübergehend oder dauernd niederliessen, lässt sich nur annähernd eruieren, doch dürfte sie sich um die Grenze von einer halben Million Personen bewegen. Wohl werden diese Flüchtlinge von internationalen Organisationen unterstützt, doch erwartet Thailand weitergehende Hilfe sowie eine raschere und zahlenmässig erhöhte Gewährung von Asyl in Drittländern.

Probleme ergeben sich für die Regierung durch die von Grenzgefechten und kommunistischen Aufständischen sowie vom Zustrom von Flüchtlingen vertriebenen oder indirekt betroffenen einheimischen Bauern. Ihre Zahl wird auf rund 200 000 beziffert. Infolge des Flüchtlingsstroms sind in den Grenzregionen die Preise überdurchschnittlich ansteigend. Widerspruch erweckt auch, dass die Flüchtlinge Lebensmittel erhalten und ihnen medizinische Versorgung zuteil wird, während die Thailänder, die in der gleichen Region neben einem Camp leben, für schlechtere medizinische Dienstleistungen und gelegentlich kleinere Reispportionen hart arbeiten müssen.

Königshaus als Stabilitätsfaktor

Obwohl Thailand als einziger Staat Indochinas von Kolonialisierung durch abendländische Grossmächte verschont blieb, kommt es immer wieder zu politi-



schen Stürmen. Militärregimes lösen halbdemokratische Regierungen (und umgekehrt) ab. Die jetzige Regierung setzt sich aus Bankiers, Grossindustriellen und Militärs zusammen; Ministerpräsident ist in General Prem ein 60jähriger Berufsmilitär, dem der Makel nicht anhaftet, korrupt zu sein.

Für den grossen Teil der Bevölkerung und insbesondere die apolitischen ländlichen Massen steht das Königshaus noch heute in hohem Ansehen. Es ist deshalb als der wichtigste Stabilitätsfaktor zu betrachten. Der recht populäre König spielt mit den übrigen Mitgliedern der Königsfamilie — allen voran der Königin — im Hintergrund eine wichtige politische Rolle. Ohne seine Zustimmung werden keine bedeutsamen Entschiede getroffen.

Zu viele Probleme?

Wann der Dominostein Thailand fällt, ist ungewiss. Ausschlaggebend dafür dürften nicht nur ausserpolitische Fragen — vor allem das Balancespiel zwischen Peking, Hanoi und Washington — sein, sondern auch innenpolitische. Wenn es nicht gelingt, die extremen Gegensätze zwischen Arm und Reich auch nur teilweise auszugleichen, so wird ein Unruhepotential erhalten und vergrössert, das eines Tages wie ein Vulkan zum Ausbruch kommen kann. Im Vordergrund der Bemühungen der jetzigen Regierung stehen deshalb auch die Hebung des Lebensstandards sowie die Entwicklung der ländlichen Gegenden. Wenn es ihr nicht gelingt, der galoppierenden Inflation, die das soziale Gefälle noch vergrössert, Einhalt zu gebieten und die Lebensbedingungen für die breite Masse zu verbessern, werden die

Bangkok ist nicht Thailand

Nicht nur der (Sex-)Tourismus nach Bangkok floriert, sondern Thailand lockt auch mit seinen Badestränden; neben dem überlaufenen Pattaya vor allem mit dem rund 900 km südlich von Bangkok gelegenen Phuket. Thailand kann aber nicht nur die drei S (Sonne, Sex und Sand) bieten: Sowohl der Süden wie vor allem der Norden und der Osten des Landes bieten landschaftliche Schönheiten und kulturelle Sehenswürdigkeiten. Die Probleme des Landes werden nicht in den Ghettos, der Bangkok Shops und der Badestrände sichtbar, sondern bei einer Reise durch das Land. Der Kontakt mit der Landbevölkerung, die noch immer das Gros stellt, ist, wenn die sprachlichen Barrieren überwunden werden können, leicht zu finden.

Preisgünstige Bangkok-Flüge können in jedem Reisebüro gebucht werden. Die Reise auf eigene Faust ins Landesinnere ist problemlos, wenn nicht allzu hohe Ansprüche an die Unterkunft gestellt werden. Organisierte Rundreisen werden ebenfalls von verschiedenen Reiseveranstaltern angeboten; einen guten Einblick in das alltägliche Leben, verbunden mit Abstechern und landschaftlichen und kulturellen Sehenswürdigkeiten, bietet beispielsweise Kuoni mit einer Nordthailand-Rundfahrt an.

ohnehin unruhigen Studenten des Landes (wieder) auf die Strasse gehen. Ob sie Zuzug aus Kreisen der Gewerkschaften erhalten, ist jedoch ungewiss. Nicht in allen Beziehungen inkalkulierbar sind auch die Absichten der «Jungtürken» in der Armee.

Thailand steht vor einer schweren und ungewissen Zukunft. Aus westlicher Sicht besteht jedoch alles Interesse daran, dass dieser Dominostein nicht das Lager wechselt.

Stichwort:

Schönste Schweizer Bücher des Jahres 1979

Die 41 ausgewählten Werke

Sie zeigen ein breites Spektrum guter Schweizer literarischer Werke, von den verschiedensten Autoren, in verschiedenen Sprachen und in verschiedenen Zeichnungen.

Typotron AG

Auswahl: 216 Werke
Prämiert: 41 Werke
Satzherstellung bei zwei dieser Werke durch die Typotron AG

Steckbrief:
Typotron AG, St. Gallen
Gegründet: 1977
Herstellung von Filmsatz auf fotoelektronischem Weg für die Reproduktion in allen Druckverfahren.

Besondere Merkmale:
Qualitätsbewusst, termintreu

Adresse:
Rorschacher Straße 139
9006 St. Gallen
Telefon 071 24 38 38

Verlag E. W. Kornfeld, Bern
Kornfeld Eberhard W.
Ernst Ludwig Kirchner
Nachzeichnungen seines Lebens-
Krebs AG, Basel
Fischer Alfred / Fischer Eberhart
Patola de Gujart
Verlag des Kantons Zürich
Dr. Paul
Funktionen unseres Körpers.
Peter
Menschen - Kulturen S-
Menche, Chur
Gals Rumantsche e Ladina
Er. Finburg und
Zürcher Zeitung, Zürich
und seine Nachbarn
Finburg
de son temps
100 Jahre
Land, Glarus
Dr. Hugo
Tali-

ABC Verlag, Zürich
Faure Jean
-Com-
Gas-
Nikon
-Skiz-
Archiv
Giardon
-Le moi-
médié di
Arteme von
Ruetz Mich-
-Mit Goethe
Bauchverlag
Hungerbühler R
-Konstruktion im
Benli Verlag, Be-
Bettina
-Vogeschnecken-
Biliter Erika
-Amerika-Photograph
Blumenthal Erwin
-Erwin Blumenthal, M
Photos-
Bruschweiler Jura
-Ferdinand Hutter Selb
Selbstbiographie-
Brinkhauser Verlag, Basel
Basel Gerold u. a.
-Kulturen, Handwerk, Kunst-
Rieder M. H. P. / Güter R
-Basilea botanica-
Blaukreuz Verlag, Bern
Kalliope Labath
-Es schnell-
Comenius Verlag, Hitzkirch
Kaiser Lothar / Nussbaumer Paul
-Schulmich-
De Civo Press, Dubendorf
Wilson Andrew
-William Park - Reise durch die Alpen-
-Fayage Visage-
Verlag Typotron AG, St. Gallen
Typotron AG
-Schriften der Typotron AG-
VGS Verlagsgemeinschaft, St. Gallen
Bucher Silvio u. a.
-St. Gallen - Antitz einer Stadt-

